

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Nr. 372 / 83

1. Hsu
2. Ar
3. Hoff
4. Fis
5. Sie
6. AG
7. Abt.

Berlin, den

10.11.83

11. Nov 1983

4 Blatt

7 Exemplar

INFORMATION

über

den Stand der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über die Begrenzung und Reduzierung strategischer Rüstungen

Nach zuverlässigen Angaben aus BRD-Regierungskreisen informierte USA-Delegationsleiter Rowny Anfang Oktober 1983 im Rahmen der NATO über den Stand bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über die Begrenzung und Reduzierung strategischer Rüstungen (START).

Den Schwerpunkt seiner Ausführungen bildeten dabei Erläuterungen zu den von USA-Präsident Reagan am 4. 10. 1983 öffentlich bekanntgegebenen, neuen Angeboten für die Genfer START-Verhandlungen.

Rowny erklärte, daß diese neuen Vorschläge die bisherige Position der USA in Genf nicht substantiell veränderten, sondern lediglich in einzelnen Aspekten ergänzten. Die Administration habe in der Pause seit der am 2. 8. 1983 beendeten vierten Gesprächsrunde in Genf in enger Konsultation mit dem USA-Kongreß und der Scowcroft-Kommission¹ ihre START-Konzeption eingehend überprüft. Diese Überprüfung hätte das Verständnis des Kongresses für die Bedeutung der während der vierten Gesprächsrunde vorgenommenen Änderungen der amerikanischen Position - die in der Vorlage eines Vertragsentwurfs, dereinschneidende Verringerungen bei den strategischen Raketen fordert, zum Ausdruck

¹ Vom USA-Präsidenten eingesetzte überparteiliche Kommission zur Überprüfung des Modernisierungsprogrammes für die strategischen Streitkräfte

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

kommen - wesentlich erhöht. Das Ergebnis seien die jetzt vom Präsidenten unterbreiteten Angebote.

Das Kernstück der neuen Initiative stelle der Vorschlag für einen beiderseitig garantierten "Abbau" (build-down) mit dem Ziel dar, effektive Reduzierungen zu erreichen und sich gleichzeitig auf stabilisierende Systeme zu konzentrieren. Reduzierungen könnten entweder durch einen überproportionalen Abbau älterer strategischer Systeme bei Modernisierungen oder eine garantierte jährliche Abbaurate vorgesehen werden - je nach dem, was zu größeren Reduzierungen führe. Der Vorschlag würde sowohl Gefechtsköpfe auf ballistischen Raketen als auch strategische Bomber einbeziehen. Die Details eines "Abbaus" sollen in einer noch zu bildenden gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Arbeitsgruppe behandelt werden.

Die USA wären außerdem bereit, Möglichkeiten zur Begrenzung von Waffensystemen, an denen die Sowjetunion großes Interesse habe, wie den luftgestützten Marschflugkörpern (ALCM) und Bombern, im Austausch für sowjetische Gegenleistungen in für die USA besonders wichtigen Bereichen, z. B. der Reduzierung der Zerstörungskapazität von Raketen, zu sondieren.

Bei den von Reagan verkündeten neuen Schritten handle es sich jedoch, wie Rovny nach Darstellung von BRD-Regierungskreisen deutlich gemacht habe, noch nicht um konkrete verhandelbare Vorschläge. Die USA wollten vor allem mit dem "Abbau"-Konzept ein zusätzliches Verhandlungsziel einführen, das mit der sowjetischen Seite erörtert werden soll in der Erwartung, daß sich daraus Möglichkeiten für konkrete Regelungen ergeben. Amerikanischerseits ginge man davon aus, daß dieses Konzept im beiderseitigen Interesse liege und die Sowjetunion es gründlich prüfe. Sollte sie es attraktiv finden, wäre das ein gutes Ergebnis, auf dem aufgebaut werden könnte. Die USA seien sich darüber im klaren, daß seine Verwirklichung nicht einfach sein werde. Schwerpunkt mußte die Vereinbarung prozeduraler Regeln und definitorischer Bestimmungen wie im SALT-II-Abkommen sein, allerdings genauer als in diesem.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Hinsichtlich des zu erwartenden sowjetischen Verhaltens in der am 5. 10. 1983 begonnenen neuen START-Verhandlungsrunde schätzte Rowny ein, daß sich die Sowjetunion wahrscheinlich zunächst auf die Verhinderung der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckensysteme (INF) in Westeuropa konzentrieren und vorher zu keiner wesentlichen Bewegung bei START bereit sein werde. Seiner Meinung nach seien für einen Abbruch der START-Verhandlungen durch die Sowjetunion als Antwort auf die INF-Stationierung weder Anzeichen zu erkennen, noch halte er dies für wahrscheinlich.

Nach Kenntnis von BRD-Regierungskreisen wird von führenden Vertretern der Administration das starke sowjetische Interesse an der Begrenzung und Reduzierung strategischer Rüstungen als geeigneter Hebel betrachtet, mit dem eine "Überreaktion" der Sowjetunion auf die INF-Stationierung in Westeuropa verhindert werden könne.

Auf die Frage nach einer möglichen Zusammenlegung der START- mit den INF-Verhandlungen erwiderte Rowny, die USA halten weiter daran fest, daß das weder in ihrem Interesse noch in dem ihrer Bündnispartner läge. Es gebe auch keine konkreten Hinweise auf derartige Absichten seitens der Sowjetunion.

BRD-Regierungskreise bemerkten dazu, der wesentliche Vorteil von START liege darin, daß die Verhandlungen nur über strategische Systeme geführt werden und die Problematik der Nuklearpotentiale Frankreichs und Großbritanniens sowie der sog. Forward Based Systems (FBS) der USA ausgeklammert werde. Für die USA erscheine daher eine Zusammenlegung unter diesen Umständen nicht erstrebenswert.

Auf der anderen Seite hätte die Sowjetunion bei START ebenfalls noch nicht ihre wahren Absichten offenbart. Sie gebe eindeutig den INF-Verhandlungen Priorität, ja mache sogar ihre START-Position wesentlich von einer Nichtstationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa abhängig. Sie müsse daher nach einer möglichen Stationierung ihr START-Konzept überdenken. Sollte die Sowjetunion die INF-Verhandlungen dann abbrechen, müßte sie jedoch - falls sie die amerikanischen Mittelstreckenwaffen wirklich als wesentliche militärische Bedrohung auffaßt - interessiert sein, deren Umfang und Qualität zu beschränken. Das könnte in dem bestehenden START-Forum geschehen, zumal nach sowjetischer Auffassung die INF-Systeme ohnehin strategischen Charakter haben. Die Konsequenz wäre allerdings, daß nunmehr die START-Verhandlungen - wie schon SALT II - äußerst kompliziert würden.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Zu den Aussichten für den Abschluß eines START-Abkommens schätzten BRD-Regierungskreise in diesem Zusammenhang ein, daß es für Präsident Reagan sicher nützlich wäre, im Wahljahr 1984 ein sichtbares Ergebnis vorweisen zu können. Andererseits dürfte der Druck des USA-Kongresses in dieser Frage kaum weiter zunehmen, wenn die Sowjetunion nicht bald auf die von Reagan mit seinem Angebot demonstrierte Flexibilität in der amerikanischen START-Position - die wesentlich auf den Einfluß des Kongresses zurückzuführen sei - reagiere. Aber auch wenn die Administration noch weitere Zeichen für ihre Flexibilität setze, bliebe offen, ob die Sowjetunion bereit sei, noch vor den Präsidentschaftswahlen im November 1984 ein Abkommen oder nur ein Rahmenabkommen abzuschließen.

Zum Problem der Drittstaatensysteme, d. h. der französischen und britischen Kernwaffen, wurde von Rowny vor den NATO-Vertretern die amerikanische Haltung bekräftigt, nach der weder deren Einbeziehung in die START noch in die INF-Verhandlungen in Frage käme. Behauptungen, die ungleichen Obergrenzen für amerikanische und sowjetische Systeme im SALT-Abkommen seien eine stillschweigende Kompensation für die Nuklearsysteme Frankreichs und Großbritanniens, könnten sich weder auf die Verhandlungsgeschichte noch auf von der Nixon-Administration abgegebene Erklärungen stützen. Die Sowjetunion - so Rowny - habe SALT I und SALT II ohne derartige Kompensationen unterzeichnet und werde das auch bei einem START-Abkommen tun, wenn die Haltung der NATO in dieser Frage geschlossen bleibe.

Diese Information darf im Interesse der Sicherheit der Quellen nicht publizistisch ausgewertet werden.